

„Was selbstverständlich sein müsste, entwickelt sich zum Luxus“

Es gibt zu wenige Sozialwohnungen, lautete der Tenor einer Podiumsdiskussion zum Thema Wohnungsnot

Von Harald Berlinghof

Wohnen ist ein tiefes menschliches Grundbedürfnis. Eine eigene Unterkunft bietet Schutz vor äußerem Unbill, eine Wohnung ist ein Rückzugsraum, der Privatheit gewährt. „Das, was eigentlich ein selbstverständliches Menschenrecht sein müsste, entwickelt sich in unserer heutigen Zeit für Einzelne zum Luxus“, meint Gabriele Kraft vom Referat Wohnungslosenhilfe des Diakonischen Werks. In der Lutherkirche im Stadtteil Neckarstadt waren rund 30 Interessierte zusammengekommen, um auf Einladung der Diakonie im Rahmen der Aktionswoche der Liga der freien Wohlfahrtsverbände „Armut bedroht alle“ zu diskutieren und sich zu informieren.

Mit Andreas Berger, kaufmännischem Leiter der Mannheimer Wohnungsbau-Gesellschaft GBG, Alexander Sauer, Rechtsanwalt und stellvertretendem Vorsitzenden des Mietervereins Mannheim, und Arndt Reichert, Sachgebietsleiter Wohnraumsicherung der Stadt Mannheim, war geballte Kompetenz zum Thema Wohnungsnot in der Quadratestadt auf dem Podium vertreten.

Meist fehlt es an Geld, um sich geeigneten Wohnraum überhaupt leisten zu können. Es können aber auch private und

persönliche Vorkommnisse die Biografie eines Menschen so verändern, dass er sich nicht mehr zurechtfindet. Dann braucht er Hilfe. Und zwar bevor er einen gerichtlichen Räumungsbescheid im Briefkasten vorfindet, betont Sauer vom Mieterverein. „Wenn man sich frühzeitig Beratung bei uns holt, dann kann man das oft verhindern. Bei Eigenbedarfskündigungen ist schwer was zu machen“, sagt der Rechtsanwalt, „aber bei Kündigungen wegen Zahlungsrückständen geht viel.“

„Wollen keine Gettoisierung“

Es gibt in Mannheim und auch in anderen Städten zu wenige Sozialwohnungen, bedauern die Redner auf dem Podium unisono. Das Land müsse mehr in den Sozialwohnungsbau investieren, fordert deshalb Gabriele Kraft. In Baden-Württemberg gebe es 63 000 solcher Wohnungen, der Bedarf liege aber bei 500 000. Wenn in Mannheim jemand seine Wohnung zu verlieren droht, dann wird das städtische Referat Wohnraumsicherung vom Amtsgericht informiert.

„Wir schauen dann mit Mitarbeitern vor Ort nach dem Rechten, aber bei gerichtlichen Räumungstiteln ist es meist zu

spät. Dann versuchen wir den Nicht-Obdachlosen Wohnungen zuzuweisen. Aber dezentral, wir wollen keine Gettoisierung“, so Reichert.

Dass es in Mannheim einen Engpass an günstigem Wohnraum gibt, will Andreas Berger von der GBG gar nicht bestreiten. Aber man habe in den letzten zehn Jahren in Mannheim 50 Millionen Euro in die Modernisierung von solchen Wohnungen investiert. Die Durchschnittsmiete bei den Sozialwohnungen liege in der Stadt bei 5,42 Euro. Die Vergabe erfolge per Interessentenliste und sei zertifiziert. Selbst ein Schufa-Eintrag sei kein K.o.-Kriterium bei der Bewerbung um eine Sozialwohnung.

Wer von der Warteliste zum Zuge komme, hänge auch davon ab, wie offen der Bewerber für angebotene Wohnungen sei. Als er dann aber von 11,50 Euro Quadratmeter Kaltmiete spricht, erntet er nur Gelächter aus dem Publikum. Das habe mit sozialem Wohnbau nichts mehr zu tun, tönt es von allen Seiten.

Ein Vertreter des Jobcenters aus dem Publikum sagt: „Einer alleinstehenden Frau mit zwei Kindern stehen 75 Quadratmeter zu. Wir zahlen aber bis zu 90 Quadratmeter. Die Klagen gegen uns tendieren gegen null. Das werten wir als Qualitätsmerkmal für uns.“